

VON DOROTHEE DANNER (SPD)

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen können stolz auf den Beitrag sein, den sie beim Aufbau der ostdeutschen Länder geleistet haben. Sie können stolz sein auf ihren Beitrag, der half, annähernd gleiche Lebensverhältnisse in nur 13 Jahren zu schaffen. Sie können stolz sein auf ihren Beitrag beim Aufbau demokratischer, rechtsstaatlicher Strukturen.

Verwaltungsfachleute, Richter und Staatsanwälte, Polizeibeamte, sie alle haben wertvolle und auch hochwillkommene Aufbauhilfe geleistet, vor allem in unserem Partnerland Brandenburg. Aber nicht nur sie. Es gab ein beispielloses Engagement von Bürgerinitiativen, von Hilfsorganisationen, von Verbänden und Vereinen. Die im Landtag vertretenen Parteien haben im Rahmen ihrer Möglichkeiten beim Aufbau einer demokratisch gefestigten Parteienlandschaft geholfen.

All das sagt viel mehr – und ist auch viel mehr wert – als die nüchterne Zahl, dass Nordrhein-Westfalen von 1995 bis 2001 mit mehr als neun Milliarden Euro rund 23 Prozent aller Zuweisungen an die neuen Länder und Berlin geleistet hat. Diese Zahl ist ein Dokument der Wirtschaftskraft unseres Landes. Sie dokumentiert aber auch, dass unser Land für die Deutsche Einheit mehr geleistet hat, als das Wort Solidarität gemeinhin bedeutet.

Wir in Nordrhein-Westfalen können aus eigener Erfahrung sehr gut beurteilen, welche Probleme und Chancen ein umfassender Strukturwandel mit sich bringt. Nichts geht von heute auf morgen. Deshalb wissen wir, dass 13 Jahre nach der Wiedervereinigung vieles noch zu leisten ist und vieles schon erreicht wurde. Wenn wir schließlich nicht mehr nach Ost und West unterscheiden, dann ist auch die Mauer in den Köpfen wirklich gefallen.



VON DR. HANS-ULRICH KLOSE (CDU)

Seit dem Ende der 60er Jahre nahm die deutsche Frage der Wiedervereinigung im nordrhein-westfälischen Landtag einen immer geringeren Stellenwert ein. Sie wurde im Zuge der Brandtschen Ostpolitik verdrängt. Es war kein Ruhmesblatt der SPD-Landesregierung, den Volksaufstand in der DDR vom 17. Juni 1953 aus dem schulischen Unterricht zu verdrängen und die finanzielle Beteiligung an der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter, die in der DDR begangene politische Verfolgungstaten registrierte, 1988 einzustellen.

Entgegen aller Erwartungen, die deutsche Wiedervereinigung sei erledigt, wurde sie am 3. Oktober 1990 Wirklichkeit. Demonstrativ begrüßte der Landtag in der Sitzung vom 4. Oktober 1990 das gewendete deutsche Schicksal.

Unser Land leistete ab 1990 als Partner von Brandenburg einen wesentlichen Beitrag beim Aufbau einer demokratischen Verwaltung und unabhängigen Rechtspflege. Mehr als 4.000 Menschen arbeiteten jahrelang im Land an Elbe, Havel und Oder, schafften Vertrauen in die demokratische, rechtsstaatliche und freiheitliche Ordnung. NRW unterstützte den Aufbau des Brandenburgischen Landesparlaments. Neben dem finanziellen Einsatz war es die menschliche Leistung, die Ost-West-Spannungen abbauen half. Die Parteien wirkten bei der Entwicklung demokratischer Strukturen in Staat

und Gesellschaft mit. Der Weg von der Diktatur in die Demokratie wurde erfolgreich eingeschlagen.



VON MARIANNE THOMANN-STAHN (FDP)

VON PROF. THOMAS ROMMELSPACHER (GRÜNE)

Am 3. Oktober 1990 endete nach fast vierzigjähriger politischer und wirtschaftlicher Trennung die Teilung Deutschlands. Mit der wiedergewonnenen äußeren Einheit war die innere Einheit allerdings noch nicht wieder hergestellt. Für die zwei Teile Deutschlands begann der schwierige Weg des Zusammenwachsens. Alle Fraktionen im Landtag waren sich ihrer Verantwortung bewusst und zahlreiche Abgeordnete haben sich auf vielerlei Weise persönlich an der Umsetzung der deutschen Einheit beteiligt. Das Land Nordrhein-Westfalen hat sich vorrangig durch seine Partnerschaft mit dem Land Brandenburg für das Zusammenwachsen von Ost und West stark gemacht. Wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Transfer sind eine wichtige Zukunftsinvestition nicht nur für Deutschland, sondern auch für NRW. Die Probleme, mit denen die neuen Länder zu kämpfen haben, dürfen nicht den Blick auf erzielte Erfolge versperren. Die Investitionen in die Verkehrs-, Versorgungs- und Kommunikationsinfrastruktur, in Städtebau und Kultur werden Früchte tragen, sobald die wirtschaftliche Schwäche der Bundesrepublik überwunden ist. Dieses Ziel eint ehemals Ost und West. Wir können es auch nur gemeinsam erreichen. Der 3. Oktober ist kein Tag der „Denkmalpflege“, sondern eine glückliche Wendung der deutschen Geschichte, die uns auf eine friedliche europäische Zukunft verpflichtet.



Bund, Länder und Kommunen im Westen haben den Aufbau der Städte im Osten gerne unterstützt. Das war nötig, weil die in einem schlimmen Zustand waren. Dieser Kraftakt erbrachte fast 5 Milliarden Euro. In den 13 Jahren der Einheit floss mehr Geld in den Osten, als in den 32 Jahren, in denen Städtebauförderung praktiziert wird, in den Westen. 2003 waren das im Osten 23 Euro pro Kopf, im Westen 1,80 Euro.

Nun hat sich die Lage im Westen geändert. Im Ruhrgebiet, an der Saar, der Küste und anderswo geraten Städte in Schieflage: Einnahmen brechen weg, und es wachsen Quartiere, in denen Bausubstanz sowie Infrastruktur verfallen, und der Anteil Benachteiligter wächst. Hier entsteht ein bedrohliches Missverhältnis: Diese Städte reagieren kaum noch auf Probleme, und vom Anpacken von Zukunftsaufgaben, etwa der Vorbereitung auf das Altern der Gesellschaft, kann keine Rede sein.

Das bringt die Stadtspitzen in Bedrängnis: Sie müssen den Bürgern erklären, warum sie in den Fonds Deutsche Einheit einzahlen, während Schulen verfallen und soziale Projekte dicht machen. So ist es kein Theaterdonner, wenn die Oberbürgermeister von Gelsenkirchen und Oberhausen laut über zivilen Ungehorsam nachdenken. Etwa indem sie sich weigern, den Solidarbeitrag Ost zu überweisen.

Wir brauchen eine Bilanz der 13 Jahre Sonderförderung für die Städte im Osten und eine Neujustierung, die die Probleme im Westen berücksichtigt. Eine Fortschreibung, die die Sonderförderung Ost zum Gewohnheitsrecht macht, darf es nicht geben.

